

Gibt es einen nationalen Effekt? Zeitlichkeiten und historische Erfahrungen bei den Grundeinstellungen zu Europa

DOROTA DAKOWSKA, JAY ROWELL

Das Datum des Beitritts zur Europäischen Union und insbesondere die Unterscheidung zwischen „neuen“ und „alten“ Mitgliedsstaaten ist eine Kategorie, die gewöhnlich sowohl von Experten als auch von Normalbürgern benutzt wird, um Europa wahrzunehmen. Sie überlagert in den Vorstellungen ein Ensemble von geographischen, historischen und kulturellen Einteilungen, die der Vielfalt und den Spaltungslinien, die Europa durchlaufen, gerecht werden sollen: „nördliche“ und „südliche“ Länder; „östliche“ und „westliche“ Länder; „kleine“ und „große“ Länder; Länder, die erst vor relativ kurzer Zeit einen Übergang zur Demokratie erlebt haben, und die älteren Demokratien. Sie führt Einteilungen ins Feld, die mit politischen Regimes und Kulturen, aber auch mit der Dauer der Zugehörigkeit zu den europäischen Institutionen zusammenhängen. Vor allem aber erscheint sie als bequeme Erklärungsmatrix für die Unterschiede zwischen den Staatsbürgern dieser Länder oder Ländergruppen in Bezug auf ihre Grundeinstellungen zu Europa.

Die Analyse der Grundeinstellungen und Meinungen lässt sich schematisch in zwei Ansätze einteilen. Der erste neigt dazu, einer Erklärung durch soziologische Variablen den Vorzug zu geben, die die sozialen Positionen, Eigenschaften und Werdegänge mit den Grundeinstellungen verknüpfen, ohne den nationalen Aussagekontext als zentrale Variable mit einzubeziehen. Der zweite betrachtet den nationalen Kontext als entscheidend für die Erklärung, die Einteilung und den Vergleich dieser Grundeinstellungen. Während der erste Ansatz im Mittelpunkt des gesamten Forschungsprojektes steht, wurde die Frage nach den eventuellen Auswirkungen des nationalen Kontextes auf das Zustandekommen der Aussagen zunächst weniger berücksichtigt. Man

kann intuitiv denken, dass die Denkschemata und Kategorien, die zur Bewertung Europas mobilisiert werden, durch die Sozialisierung in einem Nationalstaat verankert sind – sei es durch die historische Kollektiverfahrung, die Sprache, den Schulunterricht oder die Verwendung von Diskursen über die Nation in Politik oder Medien. Um diese Fragen zu erfassen, hat sich die wissenschaftliche Literatur häufig auf die Frage nach der Kompatibilität oder Unvereinbarkeit der europäischen, nationalen oder regionalen Identitäten konzentriert (Schild, 2001; Duchesne, Frogner, 2002; Bruter, 2005; Checkel, Katzenstein, 2009). Sie hat jedoch keine zufriedenstellende Antwort darauf zu bieten, wie Personen nationale Kategorien und Referenzen einsetzen (oder nicht einsetzen), um einem so abstrakten Objekt wie der EU Sinn zu verleihen. Andere Arbeiten zitieren in *ad hoc*-Manier Elemente der nationalen Geschichte oder Kultur, um die festgestellten statistischen Unterschiede zwischen den nationalen Bevölkerungen zu erklären. Diese Unterschiede werden als Auswirkungen der Dauer der EU-Zugehörigkeit, von historischen Erfahrungen oder politischen Werten erklärt, die mehr oder weniger mit der Form und den Werten des europäischen Projektes kompatibel sind. In diesem Falle stellen Geschichte und Kultur Erklärungsvariablen dar, bei deren Einsatz selektiv aus einem bereits bestehenden Vorrat von Charakteristika geschöpft wird, die als wesentlich für eine spezifische nationale politische Kultur angesehen werden (zum Beispiel das Festhalten am britischen Parlamentarismus, die Stärke des Gedankens von der „Größe“ der französischen Nation usw.). Zwar beruhen diese Hypothesen, die die nationalen Kulturen vergegenständlichen, auf der informierten Intuition des Beobachters, doch ist die empirische Grundlage dabei häufig dünn, ja sogar inexistent.

Unser Vorgehen zielt nicht darauf ab, zu bestimmen, ob bei der Strukturierung der Grundeinstellungen zu Europa nun der soziologische oder der nationale Kontext schwerer „wiegen“. Es beschränkt sich lediglich darauf, einerseits zu analysieren, wie die historischen Referenzen und die nationalen Verständnisrahmen in den Diskursen über Europa, die in verschiedenen nationalen Kontexten produziert werden, eingesetzt werden, und andererseits, wie der Einsatz dieser Repertoires zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen variiert. Genauer genommen geht es darum, zu analysieren, ob und wie Kollektiverfahrungen wie der Krieg, der Kommunismus, der demokratische und wirtschaftliche Übergang in Osteuropa – oder Verständniskategorien, die für einen nationalen Kontext mehr oder weniger spezifisch sind – bei den Aussagen über Europa übernommen, verstanden und einbezogen werden oder nicht. Dieses induktive – und einigermaßen experimentelle – Vorgehen ermöglicht keine eindeutige Antwort auf die binären und oft zu stark vereinfachenden Hypothesen, die einen Großteil der Forschung über die Meinungsbildungen strukturieren, (sind die Identitäten exklusiv oder kompatibel; spricht die Zugehörigkeitsdauer für oder gegen eine positive Bewertung des europäi-

schen Projektes...). Dafür werden wir, ausgehend von dem empirischen Material und durch einen Vergleich der hervorgebrachten Argumentationsketten, zu begreifen versuchen, wie und von wem die nationalen Kollektiverfahrenen eingesetzt werden. Anstatt den nationalen Kontext als einen Faktor außerhalb der Individuen zu betrachten, der einheitliche Effekte produziert, interessieren wir uns dafür, auf welche unterschiedliche Art und Weise sich unterschiedliche soziale Gruppen die – europäische, nationale oder einfach individuelle – Vergantheit aneignen.

Ein Vergleich zwischen dem neuen Mitgliedsstaat Polen mit Deutschland, das gleichzeitig ein Gründungsmitglied der Gemeinschaft und ein neues Mitglied darstellt – wenn man den faktischen Beitritt der ehemaligen DDR im Jahre 1990 betrachtet – ist der geeignete Rahmen für diese Fragestellung. Der deutsche Fall verweist auf einen politischen Kontext, in dem das Thema Europa Gegenstand eines starken politischen Konsenses gewesen ist. Vermutlich hat die Schwierigkeit, sich der eigenen Nation zugehörig zu fühlen, die Identifikation mit einer post-nationalen und somit hauptsächlich europäischen Ersatzidentität erleichtert (Risse, 2004). Weit über den deutschen Fall hinaus ist der Zweite Weltkrieg als gemeinsame Erfahrung des europäischen Kontinents sowohl als eine der Keimzellen der europäischen Konstruktion als auch als ihre hauptsächlichliche Legitimierung dargestellt worden. Wir werden also versuchen, durch den deutsch-polnischen Vergleich herauszufinden, ob es Besonderheiten in den Diskursen über Europa gibt, die mit dieser geschichtlichen Erfahrung zusammenhängen.

Seit dem Fall der Berliner Mauer und der Eingliederung der ehemaligen Länder des Sowjetblocks stellt der Kommunismus keine systemische Andersartigkeit mehr dar. Gleichzeitig haben vierzig Jahre kommunistischer Vorherrschaft Polen und die ehemalige DDR als historische Erfahrung, Erinnerung und Erbe zutiefst geprägt. Besonders der Vergleich zwischen den polnischen und ostdeutschen Befragten und zwischen den beiden deutschen Gruppen wird es ermöglichen, zu analysieren, wie Verweise auf den Kommunismus ins Feld geführt werden und wie diese Referenzen mit anderen Kenntnissen oder Erfahrungen kombiniert werden.

Über die Dekonstruktion der „sozialen Gedächtnisrahmen“ der früheren Regimes hinaus interessiert es uns, wie aktuellere politische, wirtschaftliche und soziale Zeitlichkeiten in den Diskurs über Europa integriert werden. Eine der Besonderheiten bei den Grundeinstellungen der Bürger der postkommunistischen Staaten zur EU könnte mit der Tatsache zusammenhängen, dass die EU hier aus dem Blickwinkel des unlängst erfolgten Beitrittsprozesses wahrgenommen wird. Dieser Prozess tritt seinerseits in Resonanz mit der Wahrnehmung der 1989 begonnenen Systemumwälzungen (Góra, 2002; Diez Medrano, 2003; Bielasiak, 2002). Somit wird der zweite Teil den Vergleich auf die Reformen ausdehnen, die in beiden Ländern in den 1990er Jahren

durchgeführt wurden. Diese Reformen gehen mit dem Datum des EU-Beitritts einher (im Fall der neuen Länder) oder gehen diesem Datum voraus, das in den wissenschaftlichen Arbeiten als eine strukturierende Zäsur angesehen wird. Mehrere quantitative Studien nehmen nämlich eine Korrelation zwischen der Dauer der Zugehörigkeit eines Landes zur Gemeinschaft und der Unterstützung der europäischen Integration durch das Volk an (Anderson, Kaltenthaler, 1996). Die Ergebnisse der Meinungsumfragen untermauern diese Feststellung, während die Abweichungen von der „Norm“ mit *ad hoc*-Argumenten wie der Demokratieerfahrung oder der Frage, ob es sich um Staaten handelt, die einen Nettobeitrag zum Gemeinschaftshaushalt leisten, interpretiert werden (Scheuer, van der Brug, 2007).

Abgesehen von der normativen Dimension dieser Hypothesen (von der Art „je mehr man Europa ausgesetzt war, desto besser kennt und liebt man es“), zeigt der Vergleich zwischen nationalen Kontexten die Anfälligkeit dieser Interpretationen. Anstatt die Dauer der Zugehörigkeit zur EU per se als einen strukturierenden Faktor zu betrachten, werden wir das Auftreten und die Modalitäten der – unmittelbaren oder indirekten – Verweise auf diese Zeitlichkeit untersuchen. In den Kontexten, in denen die EU-Mitgliedschaft als eine relativ neue soziale Realität erscheint, ermöglichen es die Verweise auf die zurückliegende Periode, die Zäsur, die der Augenblick des Beitritts darstellt, zu nuancieren – ja sogar zu relativieren.

Sich auf die Geschichte berufen, um Europa einen Sinn zu verleihen

Die Dreiecksbeziehung Geschichte – Nationalkonzept – Identifikation mit Europa stellt einen der Eckpfeiler der kulturalistischen Erklärungen für die unterschiedlichen Beziehungen zur EU dar (Diez Medrano, 2003; Risse, 2004; Schmidt, 2007; Harmsen, 2007). Es ist allgemein anerkannt, dass die europäische Konstruktion aus deutscher Sicht eine Möglichkeit zur „Erlösung“ des Landes von seiner Vergangenheit und eine Alternative zum Nationalismus darstellt. In Polen ist der EU-Beitritt wie in anderen post-kommunistischen Ländern als eine „Rückkehr nach Europa“ dargestellt worden, als Normalisierung einer im Jahre 1945 unterbrochenen historischen Entwicklung. Um die Verbreitung der „Euroskepsis“ in den neuen Mitgliedsstaaten zu erklären, führt man entweder das Argument der erst kürzlich erfolgten Europa-Sozialisierung oder die nach wie vor starke Ausprägung der „sozialistischen Werte“ (Rohrschneider, Whitefield, 2006) an.

Einen äußerst inspirierenden und ehrgeizigen Versuch, die Auswirkung des nationalen Kontextes auf die europäische Meinungsbildung festzustellen, hat Juan Diez Medrano unternommen (2003). Der Autor geht von einer recht

einfachen Tatsache aus – dass sich der Diskurs über Europa von Kontext zu Kontext stark unterscheidet, und dass dabei sowohl das Vokabular als auch die bevorzugt behandelten Themen variieren – und rekonstruiert ausgehend von einem Korpus von Interviews die sozialen Rahmen (*frames*), die den verschiedenen Ländern eigen sind und stark mit dem historischen Gedächtnis zusammenhängen. Dieses Verfahren soll eine Erklärung für die Unterschiede bei den Grundeinstellungen zur europäischen Konstruktion liefern, die von den quantitativen Untersuchungen unzureichend wiedergegeben worden sind. Zwar beeindruckt diese Studie zunächst aufgrund der Originalität ihrer Methode, doch stützt sie sich auf eine Auswahl von Befragten, die hauptsächlich aus politisierten Individuen mit hohen Universitätsabschlüssen besteht oder solchen, die eine Position mit politischer Verantwortung innehaben. Es handelt sich also um eine Bevölkerungsgruppe, die alle Voraussetzungen dafür mitbringt, in einem wohlkonstruierten Diskurs über Europa historische Verweise ins Feld zu führen. Diese Einseitigkeit bei den Befragten führt dazu, dass man einer gesamten Gesellschaft eine spezifische Modalität bei der Darstellung Europas zuschreibt – so als ob die Gesamtheit der deutschen Bürger, um nur dieses Beispiel anzuführen, sich von intellektuellen Debatten über die Vergangenheit wie dem Historikerstreit betroffen fühlte. Indem sie die Zeitlichkeit in die Analyse einführt, wirft diese von einem historischen Kulturalismus inspirierte Lesart eine gewisse Anzahl von Schlüsselfragen zu den Faktoren auf, die die öffentliche Meinung bestimmen. Obwohl sie eine komplexere Interpretation der nationalen Kontexte zulässt, neigt sie gleichzeitig dazu, die nationalen Bevölkerungen übermäßig zu vereinheitlichen, indem sie die Existenz eines historischen Rahmens annimmt, der auf die gesamte Bevölkerung die gleichen Auswirkungen hat.

In diesem ersten Teil werden wir die Formen, die Intensität und die Verknüpfung zweier historischer Momente untersuchen, die im Raum von Politik und Medien häufig von Fachleuten und Wissenschaftlern als Interpretationen benutzt werden: des Zweiten Weltkriegs und des Kommunismus. In unserem Korpus variieren das Auftreten und das Reflexionsniveau dieser Verweise. Zwar lassen sich Interpretationen finden, die für eines der beiden Länder oder für eine bestimmte soziale Gruppe spezifisch sind, doch funktioniert der Rückgriff auf diese historischen Erfahrungen weniger als ein Rahmen, der das Nationale mit Europa verbindet, als vielmehr wie eine in ungleichem Maße beherrschte Ressource – oder ein Repertoire –, die angeführt werden, um eine häufig abstrakte Realität zu entschlüsseln.

An den Krieg erinnern, um von Europa zu sprechen

Während die Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau historische Verweise mobilisieren, die bis zur Antike zurückgehen, um die Existenz eines kultu-

rellen Fundaments auf dem europäischen Kontinent zu rechtfertigen, berufen sich die Diskurse, die spezifischer mit dem politischen Projekt der EU zusammenhängen, vor allem auf historische Bezüge zum 20. Jahrhundert. Es ist nicht weiter überraschend, dass häufig auf den Zweiten Weltkrieg verwiesen wird, da die friedensstiftende Rolle des europäischen Projekts entscheidend zu seiner Legitimation beigetragen hat. Es ist jedoch anzumerken, dass das Kriegsende in Polen nicht mit der Versöhnung assoziiert wird, sondern eher mit der Teilung des Kontinents. Hier und da kann diese Ressource mehrere Formen annehmen: unmittelbare Erfahrung, Mobilisierung von Familiengeschichte, eher schulisches oder sogar intellektuelles Wissen, das Debatten über die nationale Geschichte reproduziert.

Zwar sind in den meisten deutschen Interviews unmittelbare oder indirekte Verweise auf den Zweiten Weltkrieg präsent, doch variieren ihre Präsenz und ihre zentrale Bedeutung als Bewertungsmatrix der EU je nach dem Grad der politischen Kompetenz. In der Tat erwähnen vor allem die Befragten, die eine synoptische oder relativ gut informierte Europa-Sicht besitzen, den Krieg und die Rolle der EWG bei der Befriedung des Kontinents. Dies ist beispielsweise bei einer jungen Deutschen mit einem Studienabschluss in Politikwissenschaft der Fall, die als Angestellte für eine Organisation arbeitet, die vom europäischen Sozialfonds finanziert wird. Sie äußert eine quasi „offizielle“ Sichtweise der nationalen Geschichte:

„Ich denke, dass es eine gute Sache ist, dass Deutschland Mitglied der Europäischen Union ist... Aus verschiedenen Gründen, weil wir unsere Arbeit gut machen,... auch aus historischen Gründen... Es ist die Geschichte von Deutschland, vom Zweiten Weltkrieg und von der Nachkriegszeit. So konnte Deutschland schnell in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommen werden. Und Deutschland war eines der Gründungsmitglieder. Das ist gut!“

Wenn andere an diese Vergangenheit erinnern, ist dies eher eine Erinnerung an Schulstoff, die im Falle von ganz besonderen Kontexten prägend sein kann. Auf die Frage, wie er sich „als Deutscher in Europa“ fühlt, schöpft dieser Gymnasiast, der eine distanzierte und unkritische Grundeinstellung zur EU besitzt, aus seiner Erfahrung beim Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers von Auschwitz, die er in einem pädagogischen Rahmen, der sich explizit mit der „beschämenden“ Vergangenheit beschäftigt, gemacht hat:

„Um ehrlich zu sein, habe ich immer gute Erfahrungen gemacht. [...] In anderen Ländern kann es wegen unserer Geschichte passieren... dass manche Leute Sachen sagen. Aber damit kann ich gut leben. Natürlich kann ich mich erinnern, als wir zum Beispiel in Auschwitz waren... in diesem Augenblick haben wir uns alle ein bisschen komisch gefühlt. Weil es eine komische Situation war. Und alle schauten uns dabei an... Na gut, es hat etwas in der Geschichte stattgefunden, und wir leben 50

Jahre später. Das kann man jetzt nicht mehr kritisieren... kurz gesagt, ich fühle mich gut. Ich habe keinerlei Komplexe, zu sagen, dass ich Deutscher bin¹.

Als man ihn nach den positiven oder negativen Aspekten der deutschen EU-Mitgliedschaft fragt, antwortet ein 66-jähriger pensionierter Landwirt, der in den Vereinigten Staaten studiert hat und sich sehr für Politik interessiert:

„Das ist eine sehr gute Sache... (Er lacht). Weil ich denke, dass die Deutschen dazu neigen, wie soll ich sagen, ihre Probleme mit Gewalt lösen zu wollen. Das ist vielleicht heute nicht der Fall, weil alles gut läuft und so weiter, und es der Wirtschaft gut geht... aber ich denke, wenn sich das eines Tages verschlechtert, dann gäbe es die Versuchung, nach Sündenböcken zu suchen. Keine Ahnung wen, die Türken vielleicht, oder andere Personen, wie die Russlanddeutschen, Leute, die man nicht so sehr mag, und dass man die dann auf radikale Weise misshandelt. Und ich denke, dass dies verhindert wird, wenn man mit der EU verbunden ist, oder?“²

In Deutschland kommen in den Diskursen von Personen mit geringerer politischer Kompetenz häufig keine Verweise auf den Krieg vor – außer bei denjenigen, die ihn unmittelbar erlebt haben. „Ich denke, dass Europa sehr nützlich ist, um Kriege und Konflikte zu vermeiden und so weiter. Es ist doch wirklich ein Segen, dass wir jetzt so sehr voneinander abhängig sind“.³ Doch bleibt diese unmittelbare Verbindung von Krieg und europäischem Projekt auch bei den Befragten, die vor 1935 geboren wurden, ziemlich marginal. Es finden sich kaum explizite Verweise auf Fälle, in denen eine Identifikation mit Europa eine schwer anzunehmende deutsche Identität ersetzen würde. Im Gegenteil: Einige gebildete Probanden kritisieren, ohne zu zögern, die Ausbeutung des deutschen National-Schuldgefühls durch andere Länder, da sie ihrer Meinung nach die Fähigkeit der deutschen Regierungspolitik einschränkt, die legitimen nationalen Interessen zu behaupten:

„- Wenn ich also richtig verstanden habe, hätte man mit der Osterweiterung noch ein wenig warten können...

- Ja

- Wie lange?

- Das kann ich nicht sagen, ich habe mich mit dieser Frage nicht genügend beschäftigt, aber wir haben schlechte Erfahrungen mit der deutschen Wiedervereinigung

1 Wir danken Nicolas Hubé für den Hinweis auf die oben zitierten Interviews.

2 Explizite Verweise auf die Shoah sind extrem selten und zeigen sich in den meisten Fällen in einer äußerst beschönigenden Form, wie in diesem Auszug. Die einzige Ausnahme bildet eine Deutsche jüdischen Glaubens, die an einer Doktorarbeit zu dieser Frage arbeitet.

3 Westdeutschland, Mann, 85 Jahre, pensionierter Redakteur im öffentlichen Dienst.

gemacht, als wir einfach bloß gesagt haben „wir machen die Grenzen auf, und alles wird gut“. So hat das nicht funktioniert. Und ich fürchte, dass, aus welchen Gründen auch immer, sogar aus historischen Gründen, weil Merkel es Kaczynski versprochen hat, „Es ist in Ordnung, Sie können reinkommen“ wegen der Tabus der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, dass wir da insgesamt nicht objektiv genug waren.“⁴

Bei manchen polnischen Befragten löst Europa dagegen negative Reaktionen aus, wenn es mit den Weltkriegen in Verbindung gebracht wird. Im Gegensatz zum deutschen Fall kommt die Erwähnung der Kriege nicht unbedingt von den gebildetsten Bevölkerungssegmenten, sondern von Personen in mittleren Positionen, die zuweilen eine Periode der Marginalisierung durchlebt haben. Bei unseren Befragten handelt es sich eher um ältere Individuen, die der konservativen oder der extremen Rechten nahestehen, Gruppierungen, die das Misstrauen gegenüber Deutschland zu einem zentralen Element ihres Diskurses gemacht haben.⁵

„- Das Wort Europa ohne jeglichen Zusatz?

- Ja, Europa.

- Na ja, Europa, das ist ein Kontinent.

- Haben Sie eher positive oder eher negative Assoziationen?

- Eher negative, wenn man die Geschichte betrachtet.

- Und davon abgesehen?

- Die Weltkriege oder andere Katastrophen. Die Revolutionen – Oktoberrevolution, Französische Revolution... Man hätte geglaubt, dass Europa einer der zivilisiertesten Kontinente sei, und dass es solche Phänomene nicht geben dürfte, aber sie haben tatsächlich stattgefunden.“⁶

Dennoch findet man diese negativen Verweise auch bei jüngeren Probanden, wie bei diesem 23-jährigen Kaufmann, der in einem Dorf im Osten des Landes wohnt und mit seinem Großvater zusammenlebt, der der EU und der polnischen Regierung äußerst kritisch gegenübersteht.

„- Haben Sie negative Assoziationen hinsichtlich der Union?

- Die Union betreffend nein. Europa betreffend – Ja.

- Und konkreter?

4 Westdeutschland, Mann, 40 Jahre, Anwalt für Steuerrecht. Sowohl Kanzlerin Merkel, als auch Präsident Kaczynski sind nach dem EU-Beitritt Polens an die Macht gelangt.

5 In den 1990er Jahren wurde die Versöhnung mit Deutschland in Polen im herrschenden öffentlichen Diskurs aufgewertet.

6 Polen, Mann, 58 Jahre, Angestellter der Stadtverwaltung einer mittelgroßen Stadt, Gymnasialbildung, Mitglied der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS).

- Beim Thema Deutschland.
- Aha, Deutschland?
- Hitler hat den Krieg angefangen, und die sind reicher als wir. Sie hätten ärmer sein können, denn sie haben verloren.“

Ohne dass explizit auf ihn verwiesen wird, scheint der Zweite Weltkrieg manchmal eine implizite Rechtfertigung dafür zu liefern, auf eine bedeutendere Rolle der EU bei der Regelung bewaffneter Konflikte zu hoffen. Der Balkankrieg und die ethnische Säuberung haben in den Diskursen zahlreicher deutscher Probanden aus mittleren und gehobenen Schichten dauerhafte Spuren hinterlassen, während sie in Polen wesentlich weniger stark präsent sind. Diese Befragten erwähnen ebenfalls den Irakkrieg, um die Notwendigkeit einer stärkeren Außen- und Militärpolitik als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu rechtfertigen.

„Ich habe zum Beispiel große Angst vor den Vereinigten Staaten mit ihrer ganzen... Macht und ihrer... vor allem was passieren kann eben. Davor, was passieren kann, habe ich wirklich Angst, ja... Und dann denke ich, dass die Europäer aufgrund der letzten Kriege, die sie erlebt haben, ein bisschen mehr nachdenken, sich mehr zurückhalten, oder?“⁷

Insgesamt bleibt die – direkte oder indirekte – Mobilisierung eines historisch gefärbten Repertoires zur Produktion eines bewertenden Diskurses über Europa im Wesentlichen auf die am stärksten politisierten und am besten mit kulturellem Kapital ausgestatteten Bevölkerungssegmente begrenzt. Während die friedensstiftende Rolle der europäischen Konstruktion auf dem Kontinent bisweilen beiläufig erwähnt wird, so als sei sie selbstverständlich, regt die Wahrnehmung der gegenwärtigen Bedrohungen zu aussagekräftigeren Stellungnahmen an. In Deutschland werden die gegenwärtigen Kriege, der Stellenwert der Nation und die Rolle der EU zumeist implizit mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. In Polen tritt der Verweis auf den Krieg hinter die Erinnerung an die kommunistische Vergangenheit zurück, die die Wahrnehmung von Bedrohungen und auf allgemeinere Weise die Beurteilung der Entwicklung des Landes – oder der persönlichen Situation der Befragten – innerhalb der letzten zwanzig Jahre strukturiert.

7 Westdeutschland, Frau, 52 Jahre, Universitätsabschluss, Hausfrau.

Die Verweise auf den Kommunismus: eine Vergangenheit, die vorübergeht... aber nicht auf die gleiche Weise

Nach welchen Modalitäten und innerhalb welcher sozio-professionellen Kategorien kommt es in Polen und Ostdeutschland in einem Interview, in dem es vor allem um tagesaktuelle Fragen zu Europa geht, zu Verweisen auf die kommunistische Periode? Bei einigen polnischen Befragten erscheint die Erinnerung an die kommunistische Vergangenheit im Hintergrund, als Gegenpol zu den positiven Assoziationen, die mit dem EU-Beitritt verbunden werden. Die EU wird als ein wirtschaftlich hoch entwickelter Raum gesehen, der neue Möglichkeiten bietet (Arbeit oder Reisen) und mit moderner Technologie assoziiert wird. Diese positiven Assoziationen stehen im Gegensatz zur Erinnerung an das frühere Regime, das als autoritär wahrgenommen wird und das die Bewegungsfreiheit (alle Befragten beziehen sich darauf) und die Unternehmungsfreiheit (dies sprechen die Angestellten des privaten Sektors und die Selbständigen an) einschränkte. Die kommunistische Vergangenheit wird also mit Mangel, Warteschlangen und Produkten von schlechter Qualität verknüpft. Die Verfügbarkeit und die Qualität der Konsumgüter unter dem Kommunismus werden in den ostdeutschen Interviews nicht angesprochen, im Gegensatz zur Reisefreiheit, die systematisch wiederkehrt. Einerseits war die Situation der Verbraucher in der DDR weniger angespannt, und andererseits wird der Zugang zu westlichen Gütern vermutlich eher mit der deutschen Wiedervereinigung als mit dem zeitgleichen EU-Beitritt verbunden.

Der Kommunismus wird mit lästigen Grenzkontrollen assoziiert, und zwar von Personen, die sich ihnen unterziehen mussten oder von denjenigen, die keinen Reisepass bekamen: Somit ist die praktische Erfahrung mit Europa vor allem eine Erfahrung von Bewegungsfreiheit. Dieses Argument wird von den polnischen Befragten – Kategorien übergreifend – am spontansten zitiert, um ihre positiven Assoziationen in Bezug auf Europa auszudrücken. Zwar haben die meisten Befragten die Erfahrung eines Auslandsaufenthalts gemacht (Reisen, Handelse Austausch, Saisonarbeit, Kauf eines Gebrauchtwagens...), doch bestehen auch Personen, die das Land niemals verlassen haben, auf diesem Punkt, so als seien sie durch Vermittlung anderer gereist („Die jungen Leute können reisen“).⁸ Der Bezug zur kommunistischen Periode dient somit als Gegenpol bei der Erwähnung dieser neuen Rechte, die als Wiedererlangung von „Normalität“ wahrgenommen werden. So führt ein Arbeiter in

8 Die ausgeprägte Abwanderungsbewegung, die durch die fortschreitende Öffnung der westlichen Arbeitsmärkte für die Arbeiter der neuen Mitgliedsstaaten verstärkt wurde, trägt vermutlich zur Augenfälligkeit dieses Themas bei. Im Gegensatz dazu äußern einige Befragte Bedenken in Bezug auf die Öffnung der Grenzen, auf Grund der damit einhergehenden Abwanderung von qualifizierten Fachkräften oder auch des Risikos einer Zunahme des Schwarzhandels.

einem großen Stahlwerk zahlreiche kritische Verweise auf die kommunistische Vergangenheit ins Feld und hebt dabei vor allem die Schwierigkeiten, ins Ausland zu reisen, hervor. Er stellt diese Vergangenheit „als wir Bürger zweiter Klasse waren“ der Gegenwart gegenüber: „Wir fühlen uns wie normale Europäer und wollen auch normal behandelt werden“.⁹ Der Wunsch, in den Genuss der gleichen Rechte und Freiheiten zu gelangen wie die Bürger des westlichen Europa geht somit mit der – weit verbreiteten – Furcht einher, dass die polnischen Bürger innerhalb der EU weiterhin einen untergeordneten Status einnehmen könnten.

Die Frage der Bewegungsfreiheit ist in den Interviews mit den Ostdeutschen wesentlich stärker präsent als in den Gesprächen mit den westdeutschen Bürgern.¹⁰ Die Teilung der beiden deutschen Staaten, die zahlreiche Familien auseinander gerissen hatte, hatte die starken Einschränkungen bei den Ausreisewisa aus der DDR zu einem besonders brennenden Thema gemacht.¹¹ In den Interviews kehrt das Bild des Eingesperrtseins und das Gefühl, innerhalb der Grenzen des eigenen Landes gefangen gewesen zu sein, regelmäßig wieder, und die durch die Einführung des Euro erleichterte Reisefreiheit wird der EU zugeschrieben. Die Bewegungsfreiheit, die die Probanden seit 1989 genießen, wird aus der Perspektive ihrer persönlichen Erfahrungen betrachtet – durch individuelle Begegnungen und die Entdeckung einer anderen Kultur, die als Form der Konstruktion Europas von unten interpretiert wird. Doch führt die Frage nach der Reisefreiheit häufig zu ambivalenten Urteilen, wenn sie durch die Erfahrung der Vergangenheit noch einmal gelesen wird. Häufig wird ein zunächst positives Urteil, das auf einer Logik des „vor“ und „nach“ der Wiedervereinigung aufbaut, von einer stärker nuancierten Meinung über die Auswirkungen der Liberalisierung der persönlichen Bewegungsmöglichkeiten, wie sie gegenwärtig erlebt oder in die Zukunft projiziert werden, relativiert. Indem sie von einem positiven Urteil zur Äußerung von Risiken übergehen, ändern die Probanden ihr argumentatives Register radikal: Von einem durch persönliche Berichte genährten geschichtlichen Repertoire gehen sie zu einer Bewertung über, bei der wirtschaftliche Risiken oder durch die Emigration bedingte Sicherheitsrisiken, Outsourcing oder der Druck auf die Arbeitnehmer eine bestimmende Rolle spielen.

Unter den polnischen Aussagen, die mit der Kollektiverfahrung des Kommunismus, aber auch, insgesamt betrachtet, mit einer weiter zurückliegenden Vergangenheit verbunden werden können, finden wir Parallelen zwischen der EU und der politischen Form des Imperiums. Manchmal wird diese

9 Polen, Mann, 53 Jahre, Arbeiter.

10 Im westdeutschen Korpus gibt es keinen Gegensatz zwischen einem „davor“ und einem „danach“, außer der Einführung des Euro, der nach Meinung der Befragten das Reisen erleichtert hat.

11 Ungefähr zwei Drittel der Ostdeutschen hatten Familienangehörige in der BRD.

Wahrnehmung der EU nicht ausschließlich in einem kritischen Modus strukturiert. Eine pensionierte Psychologin, die 1910 geboren wurde, zieht eine Parallele zum österreichisch-ungarischen Kaiserreich: „Ich habe überhaupt keinen Grund gesehen, außerhalb der Union zu bleiben. Die Idee der Europäischen Union selbst hat mir gefallen, ich kannte die Union, denn das österreichische Kaiserreich war so eine Union, nicht wahr?“. Dagegen wird die um das Bild einer außenstehenden Macht herum entwickelte Verknüpfung, die man in Polen (aber auch im tschechischen Korpus) findet, häufiger zwischen den Verpflichtungen durch die EU und der sowjetischen Vorherrschaft hergestellt: „Damals haben wir uns über den Kommunismus lustig gemacht, über ihre absurden Gesetze, Ukas und Befehle, aber jetzt stürzt sich die Union in die gleiche Sache hinein“.¹² Diese Analogie übernimmt manchmal Elemente von Parolen der Beitrittsgegner, die in der Zeit vor dem Beitritt Formulierungen wie „gestern – Moskau, heute – Brüssel“ verbreiteten. Die politischen Stellungnahmen mancher Regierungsmitglieder tragen dazu bei, diesen Typ von Diskurs zu nähren.¹³ Der implizite Verweis auf die Perioden der Beherrschung durch außenstehende Mächte wird häufig vorgenommen, um der Furcht Ausdruck zu verleihen, dass Polen ausgebeutet würde („Wir sind Aschenputtel“) und sich Entscheidungen der großen Länder („Deutschland, zusammen mit den Briten, unterwirft uns seinem Gesetz“) unterwerfen müsste, die für es negative Auswirkungen haben würden. Die Parallele mit der UdSSR kann auch dazu dienen, die pro-europäischen Kampagnen zu kritisieren, deren Intensität als Propagandaoperation wahrgenommen wird und somit einen „déjà vu“ – Effekt auslöst: „Manchmal denke ich, dass es übertrieben ist, denn als ich angefangen hatte zu arbeiten, drehte sich alles um die Sowjetunion und jetzt dreht sich alles um die Europäische Union, der Übergang von einem zum anderen scheint mir ein bisschen übertrieben“.¹⁴ Diese Verknüpfung hilft, die immer wieder auftretenden eschatologischen Erklärungen einiger polnischer und tschechischer¹⁵ Probanden zu verstehen, nach denen die EU „explodieren wird“ und auf mittelfristige Sicht nicht mehr existieren wird, so wie andere Imperien, die untergegangen sind.

Diese Parallele zwischen der EU und einem Imperium – dem sowjetischen oder einem anderen – ist im ostdeutschen Korpus überhaupt nicht vorhanden.¹⁶ Dort wird weniger die sowjetische Vormachtstellung erwähnt, um

12 Polen, Mann, 48 Jahre, Arbeiter.

13 Präsident Lech Kaczynski hat mehrfach erklärt, dass Polen innerhalb der EU wie ein Mitglied zweiter Klasse behandelt würde.

14 Polen, Frau, 58 Jahre, pensionierte Grundschullehrerin, aus einem Dorf in Unterschlesien.

15 Wir danken Ondrej Cisar für diese Beobachtung in Bezug auf den Fall Tschechiens.

16 Während Russland von den ostdeutschen Befragten häufiger als eine Großmacht identifiziert wird als von den westdeutschen, ist in diesen ostdeutschen Diskur-

sich die politische Form der EU und ihre Verknüpfung mit der nationalen Souveränität vorzustellen, als die wirtschaftliche und symbolische Vorherrschaft der BRD während und nach dem Mauerfall. Um einschätzen zu können, welche Bedeutung die Erfahrung der deutschen Wiedervereinigung für die Strukturierung der Grundeinstellungen hat, empfiehlt es sich, zu betrachten, wie der Regimewechsel und seine Konsequenzen in den Interviews verbalisiert und mit der europäischen Integration in Verbindung gebracht werden.

Die Europa-Sozialisierung: die Auswirkungen der „langen Zugehörigkeit zu Europa“ erfassen

Wie unzuverlässig statistische Korrelationen sind, die sich bemühen, um überzeugende Kausalbeziehungen herzustellen, wird im Fall der postkommunistischen Länder besonders deutlich. Während einige Studien das Vertrauen in die nationale Regierung als einen wichtigen Faktor für die Unterstützung der europäischen Integration betrachten (Anderson, 1998), stellen andere Arbeiten, die sich den neuen Mitgliedsstaaten widmen, die gegensätzliche These auf (Tanasoiu, Colonescu, 2008). Eine ähnliche Korrelation der Ergebnisse der Meinungsumfragen führt zu der einigermaßen paradoxen These, dass die Unterstützung des EU-Beitritts umso größer sei, je schlechter die wirtschaftliche Situation eines potenziellen Mitgliedslandes aussehe (Christin, 2005; Sánchez-Cuenca, 2000). Diese These unterminiert die Annahmen der in den alten Mitgliedsländern identifizierten Unterstützungsvariablen.

Über diese Resultate hinaus, die die Umkehrbarkeit der statistischen Korrelationen zeigen, die einen allgemeinen erklärenden Anspruch erheben, möchten wir hier die Auswirkungen der Dauer der EU-Zugehörigkeit hinterfragen, indem wir zwei Fragen entwickeln. Zunächst werden wir eingehend betrachten, wie die jüngere Kollektiverfahrung der systemischen Umwälzungen zu Beginn der 1990er Jahre in Polen und den neuen Ländern eingesetzt werden, um ein Urteil über Europa zu formulieren. An und für sich verweist das Wort „Europa“ auf ein Ensemble von heterogenen räumlichen, geographischen oder politischen Vorstellungen. Welche Auswirkungen haben der nationale Kontext oder die Dauer der Europa-Sozialisierung? Diese Fragen müssen auf indirekte Weise, mittels der spontanen Assoziationen, die durch die Aufgabenstellung zu Anfang der durchgeführten Interviews hervorgerufen wurden, erfasst werden.

sen vor allem die asymmetrische Beziehung zwischen den alten und neuen Ländern strukturierend.

Systemischer Übergang und deutsche Wiedervereinigung: strukturierende Erfahrungen?

Außerdem möchten wir untersuchen, ob – und wie – die Erzählungen von distinktiven Kollektiverfahrungen durch die Erwähnung der systemischen Transformationen strukturiert werden. Aufgrund der Besonderheiten des Untergangs der jeweiligen Regimes und der Modalitäten des EU-Beitritts waren die europäischen Zielsetzungen in den öffentlichen Diskursen in äußerst ungleichem Maße sichtbar.

Mehrere Analysen bringen die Hypothese einer starken Verbindung zwischen der individuellen oder Kollektiverfahrung systemischer Transformationen und der Wahrnehmung von Veränderungen vor, die durch den EU-Beitritt herbeigeführt wurden (Bielasiak, 2002; Jasiocki, 2005; Mach und Niedzwiedzki, 2002; Tucker, Pacek, Berinsky, 2002). Die Häufigkeit der Erinnerung an die Periode der Transformationen variiert jedoch, je nach den sozialen Kontexten und Kategorien an Intensität und Bedeutung. Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen dem westdeutschen und dem ostdeutschen Korpus ist die Verwendung des deutschen Wiedervereinigungsprozesses als Interpretationsmatrix für die Osterweiterung der EU. In den westdeutschen Interviews wird diese Parallele vor allem von den besser informierten und politisch interessierten Probanden ausgedrückt. Ohne systematisch in den ostdeutschen Interviews präsent zu sein, wird die Wiedervereinigung oft auch von den weniger politisierten Befragten angeführt, um einer gewissen Anzahl von Fragen, die im Interview angesprochen werden, einen Sinn zu geben: die Auswirkungen des Euro (eine Parallele zur Währungsunion von 1990), die Erweiterung, die Unterschiede im Lebensstandard und die vermuteten Auswirkungen der Subventionspolitik.

„- Ja, das Geld ist reichlich geflossen, aber für wen? Es ist in die Taschen einiger Wessis gegangen, die es schnell wieder zurück nach Hause geschafft haben. Die Unternehmen, die hier gebaut haben, das waren Unternehmen aus dem Westen. Und wo ist das ganze Geld geblieben? Wiederum im Westen...

- Und was denkst Du zum Beispiel über den EU-Beitritt Polens und jetzt auch von Rumänien, Bulgarien... und den Baltischen Staaten? Hast Du dazu eine Meinung?

- Ja, die waren immer ein Teil von Europa... Jetzt sind sie in der EU. Das ist alles schön und gut. Aber die werden es genauso machen, wie sie es hier im Osten gemacht haben. Sie werden das Gleiche tun. Ein paar Tausend von uns werden auf ihre Kosten Milliarden verdienen.“¹⁷

17 Ostdeutschland, Mann, 46 Jahre, kleiner Landwirtschaftsbetrieb, 8 Jahre Schulbesuch.

Zahlreiche Probanden, denen es an Informationen mangelt, um einen zusammenhängenden Diskurs über die EU zu konstruieren, setzen auf diese Weise einen in den neuen Ländern „verfügbaren“ Diskurs ein, um in der Interviewsituation ihr Gesicht zu wahren. In dem zitierten Auszug wird die Ost-West-Problematik mit den Begriffen Reich und Arm, sowie Ausbeuter und Ausgebeutete neu bewertet. Andere Befragte, denen es schwer fällt, den Binärg Gegensatz Ost-West zu artikulieren, behalten nur den Gegensatz zwischen den relativ ungenau bestimmten „Großen“ und dem „kleinen Mann“, mit dem sie sich identifizieren, bei.

Bei den Personen, die einen Teil ihres Erwachsenenlebens in der DDR verbracht haben und denen es schwer fällt, Aufhänger zu finden, um über Europa zu sprechen, wird das gesamte Interview von ihren persönlichen Erfahrungen strukturiert. Die Urteile über die Wiedervereinigung und die wirtschaftlichen Umwälzungen werden also mehr oder weniger direkt auf die europäischen Themen übertragen. Zwar lässt sich der kognitive Zusammenstoß zwischen der Wiedervereinigung und der EU häufiger bei den „Verlierern“ des Übergangs finden, doch können ihn auch die „Gewinner“ als kognitive Grundlage für einen abstrakteren Diskurs verwenden:

„Die Leute hatten nach der Wende einen Haufen Träume und Hoffnungen und so weiter, und die Enttäuschung war riesengroß, weil, weil... Ich denke auch, weil die EU wahrscheinlich zu sehr auf die wirtschaftliche Integration gesetzt hat. Das ist wie mit der DDR, ja: „Ihr kriegt jetzt alle die Deutsche Mark, und dann wird es euch allen gut gehen“, nicht wahr. Ja, und jetzt schauen Sie sich Ostdeutschland mal ein bisschen an, und für die Slowakei und so weiter gilt das ja auch, in einem größeren Maßstab... Also, nein, ich will sagen, dass das Kräfteverhältnis zwischen BRD und DDR, das ist genau wie Westeuropa und Osteuropa, das ist vergleichbar. Ja, das finde ich absolut problematisch. [...] Was mir nämlich an der EU überhaupt nicht passt, ist eben dieser, dieser neoliberale Weg, der da im Gange ist.“¹⁸

Im Gegensatz zu dem, was man bisweilen in Polen antrifft, wo der EU-Beitritt einige Befragte auf eine Verbesserung der staatlichen Fürsorge für prekäre Situationen hoffen lässt, war der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft in den neuen Ländern zu Beginn der 1990er Jahre durch den Sozialstaat abgedämpft worden, der heute seinerseits durch den Druck der wirtschaftlichen Konkurrenz der osteuropäischen Länder als bedroht angesehen wird. Zwar bleibt der Kontext der systemischen Transformationen in Polen eine – unmittelbare und vor allem indirekte – Bezugsgröße, die zwar relativ präsent ist, jedoch in unterschiedlich starker Ausprägung. An die Periode der Transformationen wird dort mittels Fragmenten von Lebensberichten erinnert, ohne dass damit notwendigerweise eine gefestigte Meinung über die EU einher geht. So

18 Ostdeutschland, Mann, 29 Jahre, Ingenieur.

prägt die Erfahrung der Arbeitslosigkeit die weitere Entwicklung der befragten Personen zutiefst. Eine Technikerin eines großen staatlichen Unternehmens, die kurz vor ihrer Rente entlassen worden ist, zeigt sich äußerst erschüttert über dieses Ereignis, ohne es jedoch in Beziehung zu ihrer Wahrnehmung der EU zu setzen. Gemäß einem Modus der „nicht negativen Bewertung aus der Distanz“,¹⁹ zeigt sie sich der EU gegenüber positiv eingestellt und behauptet, „keinerlei Gründe zu haben, um „anti“ zu sein“. In einigen Fällen kann die Kritik an der eigenen materiellen Situation Anlass zur positiven Bewertung der EU geben, wie bei einer ehemaligen Direktionsassistentin eines großen staatlichen Unternehmens, die ein Wirtschaftsabitur besitzt und seit 1990 arbeitslos ist.²⁰ Indem sie eine Distanz zur Politik wahrt - und durch ihre eigenen Umstände bedingt die Sozialpolitik in Polen kritisiert, scheint sie von der EU eine günstige Entwicklung für alle Personen, die sich in einer prekären Lage befinden, zu erwarten.

„- Zur Zeit der „Roten“ lebte ich sehr gut. Und jetzt finde ich keine Arbeit mehr, ich war wirklich von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ich bin obdachlos...

- Hat der EU-Beitritt Polens etwas an Ihrer Situation oder an Ihren allgemeinen Wahrnehmungen verändert?

Wissen Sie, ich bin kein Politiker, ich habe keine Politik gemacht, aber bei uns kann jeder etwas zu diesem Thema sagen, und jetzt kann man sogar viel dazu sagen. Ja, ich denke, dass der EU-Beitritt unserem Land viel gebracht hat. Das heißt verschiedene Zuwendungen für die Entwicklung... der Städte. In unserer Stadt gibt es zum Beispiel eine Brücke, es gab keine Zufahrtsstraßen, jetzt hat man sie gebaut, auch das dank der Zuwendungen der Europäischen Union. Und selbst hier, in dem Unterbringungszentrum (für Obdachlose) wird Nahrung verteilt. Und diese Produkte kommen aus der Europäischen Union, das steht darauf. Die Nudeln, der Buchweizen. Ich denke also, dass es eine gute Sache ist, was den Beitritt zur Union betrifft... Denn diese sozialen Angelegenheiten haben sich für die Arbeitslosen oder die Obdachlosen ein bisschen verändert. Jeder bekommt etwas“.

Für einige Befragte dient die Erwähnung der durch die liberalen Reformen der 1990er Jahre verschlimmerte Prekarität dazu, ihre Entscheidung für die Auswanderung zu rechtfertigen, wie bei der Tochter eines Landwirts, die inzwischen in Brüssel lebt. Der Ausdruck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten („bei uns in Polen ist es hart“) bezieht sich auch auf ihr Image als Einwanderin in einer prekären Situation („die hielten uns für Afrikaner“, „die Leute wussten nicht, dass wir auch Autos haben“).²¹ Beim Thema EU denkt die politisch desinteressierte Probandin an die Arbeitsstelle ihrer Arbeitgeber, deren

19 Siehe Kapitel 3.

20 Polen, Frau, 52 Jahre, arbeitslos.

21 Polen, Frau, 36 Jahre, Hausfrau.

Wohnung sie putzt: Gebäude, die sie nie betreten hat, obwohl sie in der Nähe wohnt. Für die Personen ohne politische Kompetenz bleiben die Institutionen der EU somit unsichtbar, obwohl sie möglicherweise täglich selbst eine Europa-Erfahrung als Auswanderer machen.

Für die polnischen Befragten, die an eine negative Erfahrung mit den Transformationen erinnern oder einen beruflichen Abstieg erlebt haben, scheint sich die Erfahrung der „Übergänge“ mit den Veränderungen, die mit dem EU-Beitritt verbunden waren, zu vermischen und auf diese abzufärben. Dies ist bei mehreren Probanden der Fall, die über 60 Jahre alt sind. Für diese Generation stellt das Jahr 1989 einen weitaus bedeutenderen biographischen Einschnitt dar als das Jahr 2004. Dies hält diese Personen jedoch nicht davon ab, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen als Antworten auf den ausdrücklichen Befehl der EU zu interpretieren.²² Die Unternehmer erleben dies genau umgekehrt. Personen, die den Binnenmarkt über den Handel, den Austausch und die Regelungen, mit denen sie konfrontiert sind, erleben, erwähnen die Periode der Umwälzungen relativ selten, höchstens, um zu sagen, dass „der Kommunismus gestürzt worden ist“. Sie beziehen sich auf die konkreten Folgen der Übernahme der EU-Richtlinien, und betonen dabei auch, dass es eine Art Effekt der Vorwegnahme des Beitrittsmoments gab.

„Vor dem EU-Beitritt waren wir kein kommunistischer Staat mehr, da es den freien Markt gab und alles bereits wie im Westen funktionierte. Es gab bloß noch kein unterschriebenes Zertifikat dafür, dass wir in der EU sind. Aber wir haben alle Prinzipien und Normen derart an die Union angepasst, dass, selbst bevor wir zur Union gehörten, bei uns im Prinzip alles schon so funktionierte wie innerhalb der Union.“²³

Die subjektiven Zeitlichkeiten der systemischen Transformationen und des Beitritts variieren je nach der sozialen Position der Individuen. Für die sozio-professionell höher stehenden Kategorien, das heißt für diejenigen, die am wirtschaftlichen Austausch innerhalb des Binnenmarktes teilnehmen oder über ein hohes Bildungsniveau verfügen, erscheint die EU als eine spürbare Realität, die Polen faktisch schon vor 2004 durchdrungen hat. Für die niedrigeren Kategorien oder für Personen, die sozial abgestiegen sind, bleibt die EU ein weiter entfernter und abstrakter Horizont. Sie kann als eine bedrohliche außenstehende Kraft wahrgenommen werden, die die Verlierer bestraft oder, im Gegensatz dazu, als ein willkommener Zwang, der es ermöglicht, die Unzulänglichkeiten des polnischen Staates zu beheben. Somit sind ihre Auswirkungen erst nach dem Beitritt durch greifbare Errungenschaften wahrnehmbar.

22 Wir danken Katarzyna Jaszczyk für ihren Hinweis auf diesen Punkt.

23 Polen, Mann, 36 Jahre, Eigentümer eines kleinen Lieferunternehmens.

Unsere Untersuchung zeigt, dass der tatsächliche EU-Beitritt der fünf neuen deutschen Länder die eigentlich europäischen Themen in den Hintergrund gerückt hat. Da der EU-Beitritt ein Nebeneffekt der Wiedervereinigung war, zu dem es kaum eine öffentliche Debatte gegeben hat, ist es vor allem die Problematik der neuen/alten Länder, die mit der Umwälzung und ihrer Logik assoziiert und ihr kausal zugeschrieben wird. In Polen ist die Verbindung zwischen den systemischen Transformationen und dem EU-Beitritt expliziter und spiegelt den tatsächlichen Zusammenstoß unterschiedlicher Reformwellen wider, ohne dass der Beitritt von den Probanden jedoch als fundamental angesehen würde. Die Befragten, die niedrigeren sozio-professionellen Kategorien angehören und Schwierigkeiten dabei haben, sich über die EU zu äußern, können auf die Frage des Beitritts zu sprechen kommen, ohne sich wirklich einzubringen („Ich würde sagen, dass das gut ist“), wenn sie von der wirtschaftlichen Situation im Land sprechen, die sie als schlecht einschätzen („Wenn sich die Dinge in unserem Land doch nur ein klein wenig verändern könnten“). Allgemein lässt sich sagen, dass die Menschen, die diese Prozesse durchlaufen und diejenigen, die die Gelegenheiten ergreifen, die sich daraus ergeben, nicht in gleicher Weise am Zusammenstoß von Transformation und Beitritt Anteil nehmen.

Die Auswirkungen des Beitritts auf die Vorstellungen von Europa

Unsere Ergebnisse zeigen, dass es zu einfach ist, die Unterstützung der EU auf eine Konzeption der Zeitlichkeit zu reduzieren, die sich auf die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft beschränkt. Über die Ambivalenzen hinaus kann der Begriff „Europa“ in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich interpretiert werden. In Frankreich hat der politische und universitäre Diskurs eine allgemein gebräuchliche Synekdoche durchgesetzt, die den Teil (die EU) als ein Ganzes (Europa) betrachtet. In den neuen Mitgliedsstaaten ist diese Überlagerung von Europa (als geographischem oder kulturellem Raum) und Europäischer Union nicht selbstverständlich. In den politischen Diskursen ist die im weitesten Sinne historische Zugehörigkeit zu Europa angeführt worden, um den Anspruch, zu Europa zu gehören, zu legitimieren. Diese Präzisierung ist notwendig, um zu verstehen, warum zahlreiche deutsche und polnische Befragte, die den gehobenen oder mittleren Bevölkerungsgruppen entstammen, auf die Interview-Vorgabe mit einer Frage antworten: „Meinen Sie Europa oder die Europäische Union?“. Um die EU zu erwähnen, benutzen die polnischen Befragten – darunter Krankenschwestern, Arbeiter oder Obdachlose – im Allgemeinen den Begriff „Union“. Diese mehrdeutigen Erwähnungen Europas spiegeln auch die Art und Weise wider, wie Europa in den Diskursen repräsentiert wird.

In Deutschland verstehen die Probanden Europa zunächst als einen geographischen, historischen und kulturellen Raum mit positiven Konnotationen („kulturelle und historische Wurzeln“, „Mitteleuropa“, „die Kunst“). Sie trennen diesen Raum klar von der Europäischen Union, einem politischen Objekt, das man nur schwach identifiziert hat und das bei allen Bevölkerungsgruppen oft negative Assoziationen hervorruft, wobei allerdings verschiedenartige Register und Themen mobilisiert werden. In Polen ruft der Begriff „Europa“ geographische („Kontinent“) und historische Assoziationen hervor, wobei wahrscheinlich schulische („Wiege der Demokratie“, „griechische Göttinnen“) oder emotionale („eine große Familie“) Verweise eingesetzt werden.

Unter den Befragten mit geringerem kulturellem Kapital sind es vor allem die Reisen ins Ausland, die dank der Reisefreiheit und dank des Euro einfacher geworden sind. Diese bilden die Grundlage einer Europa-Erzählung, die den Kontinent als einen Raum des Austausches beschreibt, der es den Versuchspersonen erlaubt, eine Verbindung zwischen Europa und der EU herzustellen und deren Besonderheit zu identifizieren.

„Was ich sehr positiv finde, ist das Multikulturelle, dass wir viele, viele Länder mit vielen verschiedenen Kulturen haben, was in den Vereinigten Staaten oder in Australien nicht der Fall ist, oder was man auf dem asiatischen Kontinent nicht so findet wie in Europa. Ich finde, dass die Geschichte Europas viel interessanter ist als auf jedem anderen Kontinent. Und die Dichte von Europa ist sehr interessant, finde ich, zum Beispiel in Bezug auf andere Kontinente, dass man beispielsweise von Deutschland aus in einer Stunde in Dänemark ist oder innerhalb von zwei Stunden in Polen.“²⁴

Die Reisefreiheit und die Begegnung der europäischen Völker und Kulturen sind in den Diskursen der Befragten mit einer Sozialisierung in der DDR besonders präsent, aber auch in Polen. Sie werden häufig bereits zu Beginn des Interviews erwähnt. Zwar kommen diese Elemente auch in den westdeutschen Interviews vor, doch so handelt es sich für zahlreiche Ostdeutsche um eine wirkliche Zäsur in ihren biographischen Erfahrungen.²⁵

Zu diesen insgesamt positiven Erwähnungen Europas kommt bei den polnischen Befragten manchmal ein Verweis auf die Teilung des Kontinents während des Kalten Krieges hinzu. Diese Überlegung hebt die geopolitische Situation ihres Landes innerhalb des sowjetischen Einflussbereiches hervor. Der westliche Teil des Kontinents, ja sogar das Europa der EU, werden somit

24 Ostdeutschland, Mann, 28 Jahre, ein Koch, der viel reist.

25 Diese positive Verbindung zwischen der Möglichkeit des Reisens und der EU kann sich für wirtschaftlich marginalisierte Personen umkehren, da sie nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, um von der Reisefreiheit profitieren zu können.

mit der Demokratie und dem wirtschaftlichen Fortschritt assoziiert. Die zwangsläufige Nicht-Mitgliedschaft in der EWG wird auf negative Weise als Faktor der Marginalität und des zivilisatorischen Rückstandes interpretiert.

„- Europa ist in erster Linie ein Stück Land, daran denke ich, ein Territorium, aber ist es positiv oder negativ? Man kann es als beides ansehen. Nehme ich Europa als Ganzes oder als ein in Osteuropa, Zentral- und Mitteleuropa, geteiltes Europa, das heißt, man kann es auf folgende Weise entwickeln: Der Ostteil lässt mich eher an negative Dinge denken, der Grund dafür ist klar, ich bin eine Person mittleren Alters, also erinnere ich mich noch gut an die Zeiten, als die Dinge in unserem Land anders abliefen, und das ruft bei uns keine positiven Assoziationen hervor. Wenn ich aber Zentral- und Westeuropa betrachte, da sind die Assoziationen natürlich positiv...

- Sie haben Erinnerungen angesprochen, die Erinnerung an eine andere Zeit in Bezug auf Osteuropa, woran denken Sie?

- Ich dachte an das System, das vorher in diesem Land herrschte, an den Kommunismus. Der war mit einem Riesenhaufen von Beschränkungen verbunden, einem totalen Fehlen von Demokratie und immer, immer mehr Leuten, die älter waren als ich, die besser darüber Bescheid wussten, was damals in der Welt geschah, die gegen dieses System waren und die sagten, man hörte von ihnen, dass das westeuropäische System ein besseres System sei, ein demokratischeres.“²⁶

Der Verweis auf die Teilung des Kontinents kommt nicht nur bei Personen vor, die über ein großes kulturelles Kapital verfügen, doch wird er ansonsten in weitaus zögerlicheren Begriffen ausgedrückt. „Geographisch gesehen gehören wir zu Europa, nicht wahr?... Aber was wirtschaftliche Ziele betrifft, da gehören wir nicht zu Europa, da gehören wir zum Ostteil, nicht wahr?“²⁷

Der Ost-West-Unterschied, der einen Teil der positiven Konnotationen der EU in Polen erklärt, ist in den Interviews in beiden Teilen Deutschlands präsent, hat dort jedoch eine andere Bedeutung. Für viele westdeutsche Befragte aus fast allen sozialen Schichten handelt es sich um eine ausschließlich wirtschaftliche Angelegenheit. Während der Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten von der Mehrzahl der Probanden als eine gute – oder unvermeidliche – Sache bewertet wird, wird der wirtschaftliche Rückstand des Ostens als Bedrohung wahrgenommen. Die Erweiterung wird also mit dem Outsourcing deutscher Unternehmen auf der Suche nach billigeren Arbeitskräften und einer erleichterten Besteuerung assoziiert (die Nokia-Affäre ist von Befragten aus allen sozialen Milieus zitiert worden, außer von den am stärksten benachteiligten) oder auch mit den Kosten, die sie für den deutschen Steuerzahler darstellt.

26 Polen, Mann, 40 Jahre, ehemaliger Sportlehrer, Unternehmer.

27 Polen, Mann, 56 Jahre, Landwirt.

Die Ostdeutschen werfen einen ambivalenteren Blick auf den Ost-West-Unterschied als die polnischen oder westdeutschen Befragten. Dort ist der geopolitische „Andere“ weniger klar bestimmt und schwankt zwischen zwei Polen. Der erste hebt den Unterschied von Lebensstandard und Lohnniveau hervor, der sofort nach dem Überschreiten der (oft sehr nahen) deutsch-polnischen Grenze wahrnehmbar ist und übernimmt, auf manchmal sehr unterschiedene Weise, von Anekdoten und persönlichen Erfahrungen genährt, die von den Westdeutschen entwickelten Themen. Im zweiten Fall ist der „Andere“ vor allem der Westdeutsche oder das westdeutsche System und spiegelt damit eine Lesart wider, bei der weniger die geopolitische Spaltung zentral ist, als die soziale Spaltung zwischen den Mächtigen und den Schwachen. In Polen schreiben die Befragten aus verschiedenen Kategorien in unterschiedlichen Registern der „Union“ die Rolle des „Anderen“ zu, der dominiert, „fordert“ und „auferlegt“, eine EU, die „zerstört“ (die Bauernhöfe, die Fabriken), die aber auch „retten“ kann.

Schlussbemerkung

Die vergleichende Analyse zwischen dem polnischen und dem deutschen Terrain zeigt, dass die Berücksichtigung der Zeitlichkeit und der Kollektiverfahrungen ein stichhaltiger Unterscheidungsfaktor ist. Jenseits der einschränkenden Konzeptionen dieses Faktors, wie dem Datum des Beitritts zur EU, wirkt sich die Erwähnung der mehr oder weniger nahen Vergangenheit auf die Art und Weise aus, wie der Diskurs über Europa konstruiert wird. Die historischen Verweise sind nicht in jedem nationalen Fall einheitlich strukturiert. Oft werden diese Erwähnungen der Vergangenheit eher auf anspielende Art und Weise, *a contrario*, oder durch einen Bezug zur individuellen Erfahrung geäußert. Es wäre also schwierig, in der historischen Vergangenheit und in der Erinnerung an sie einen umfassenden Rahmen (*frame*) zu suchen, der auf einheitliche Art und Weise auf die Bürger eines jeden Landes einwirkt. Es handelt sich eher um ein Repertoire von verfügbaren Referenzen, auf das verwiesen werden kann, Referenzen, die je nach Politisierungsgrad, Bildungsniveau, familiärem Kontext oder individueller Erfahrung auf unterschiedliche Weise eingesetzt werden.

Der Vergleich erlaubt es, Ähnlichkeiten zwischen den untersuchten Fällen zu identifizieren: die allgemeinen Erwähnungen Europas durch Kategorien, die für schulmäßige Erzählungen empfänglich sind, die Wertschätzung der Reisefreiheit durch diejenigen, die ihrer beraubt waren, das von den „Beherrschten“ geäußerte Gefühl, dass die EU zuvor existierende Machtverhältnisse reproduziert. Allerdings zeigen sich diese Machtverhältnisse auf unterschiedliche Weise: einerseits durch das Ost-West-Verhältnis, das dem wie-

dervereinigten Deutschland eigen ist, andererseits durch die Übertragung einer hegemonialen, politischen und ökonomischen Beherrschung auf die Länder des „alten Europa“, die von einigen polnischen Befragten befürchtet wurde. Die Unterschiede ziehen sich auch durch die historischen Erzählungen: In beiden Ländern kann Europa – allerdings nicht von den gleichen Bevölkerungsgruppen – mit der Befriedung des europäischen Kontinents assoziiert werden oder, im Gegensatz dazu, mit der kriegerischen Vergangenheit und der Spaltung durch den Kalten Krieg. Die Untersuchung erlaubt es, einige überkommene Vorstellungen neu zu überdenken. In Deutschland verhindert der gedämpfte und auf Konsens ausgerichtete Charakter des politischen Diskurses über Europa trotzdem nicht die Einnahme von häufig kritischen Positionen. Im polnischen Fall ermöglicht es die Wortmeldung „zu Europa“ einigen Bevölkerungsgruppen, ihr gewöhnliches Schweigen zu bestimmten Zeitpunkten zu überwinden und – klar eingegrenzte aber lesbare – Meinungen über die wahrgenommenen Auswirkungen des Beitritts zu äußern.

Die subjektive Konstruktion der Zeitlichkeiten lässt Zusammenstöße (Übergang/Beitritt, Erweiterung/deutsche Wiedervereinigung) und Verschiebungen (Zweiter Weltkrieg versus Irakkrieg; die EU als Großmacht) erkennen, bei denen die Bezugsgröße, an der der Befragte am meisten Anteil nimmt, schließlich die Oberhand gewinnt. Diese asynchronen Figuren, die mit der Mobilisierung divergenter Erzählungen über die Nation und/oder Europa verbunden sind (Ist die europäische Konstruktion ein Faktor der Befriedung oder der Spaltung des Kontinents?), bestätigen den Nutzen eines Vergleichs, der nach dem Begriff der Zeitlichkeit ausgerichtet ist.